

Wiesbadener Volksblatt **Telegr. Adr.: Volkszeitung Wiesbaden**

Das „**Rheinische Volksblatt**“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in
Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zwei Geschäftsstellen in Ockelshausen (Otto Schmitt), Marktstraße 9 und
Elmühle (B. Tobias Bülow), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße.
Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Hauptgeschäftsführer
Dr. phil. Franz Giesecke; für den anderen redaktionellen Teil:
Julius Etienne-Oestrich; für Geschäftliches und den Anzeigen teil:
H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden

Donnerstag
26
Juni

Monat 1.40 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das
Beitragsgeld, für Abheiler monatlich 15 bezw. 14, vierstel-
35 Pfg. für die
2,00 Mk.; bei
Annahme: für
Dorabend 6 Uhr.
Frankfurt a. M.

Das Zentrum und der Friedensvertrag

Zweierlei hat der Krißis, die in diesen Tagen
 schwerer väterländischer Not die Reichsleitung
 hat durchmachen müssen, das Gedränge gegen:
 einmal die Unfähigkeit des parlamentarischen
 Regierungswechsels, die der Unerfahrenheit und
 dem Mangel an Ueberlieferung entsprang, und
 sodann das wenig erhebende Bewußtsein, der Be-
 antwortung für den schweren Entschluß, den wir
 fassen mußten, zu entgehen. Ersteres kann nicht
 übersehen, denn der Uebergang vom konstitu-
 tionellen zum rein parlamentarischen Staate wird
 in der Verfassung lediglich angeordnet, als in
 der Praxis durchgeführt, über das andere aber
 wird noch manchem zu reden sein, wenigstens
 die Taktik, die die demokratische Fraktion zu
 wählen beliebt hat, den Fieber dieser Partei und
 in Erkennen zu setzen vermag. Aus Reichs-
 sozialisten und Vertretern des Zentrums ist die
 neue Reichsleitung zusammengesetzt und die
 Parteien werden auch die neue Regierung in
 ihrem Entschluß, den Friedensvertrag zu unter-
 zeichnen, stützen. Die neue Regierungsmehrheit ist
 nicht mehr so breit und tragfähig wie die alte,
 aber auch sie ist eine feste Mehrheit und wird
 gerade auch bei Unterzeichnung des Vertrages
 nicht nur von den Unabhängigen, sondern auch
 von einem Teil der Demokraten, ganz gewiß aber
 auch — und das ist in dieser Schlüsselfrage für
 Deutschland ausschlaggebend — von einer sehr
 starken Mehrheit des deutschen Volkes selbst
 gestützt. Wer in diesen Tagen in das Volk hinein-
 gelauscht hat, kann sich der Erkenntnis nicht
 verschließen, daß viele Kreise einer Wieder-
 nahme des Krieges ernstlichen Widerstand ent-
 gegengesetzt würden, wenn die verantwortlichen
 Stellen dem deutschen Volke erneut die Oph-
 auferlegen wollten, die mit der Wiedereröffnung
 der Feindseligkeiten verbunden wären. Wir for-
 men um die Festhaltung nicht herum, daß drei
 Rassen des deutschen Volkes zerstückt, entweiht,
 demoralisiert sind und daß ihm darum, so, in
 die Dinge heute liegen, drückende Opfer für
 nationale Sache nicht mehr zugemutet werden
 können. Wir müssen, Frieden schließen zu
 dürfen unser Vaterland nicht erneut der Ge-
 waltigen Untergangs aussetzen, und darum muß
 eine Regierung geschaffen werden, die bereit
 auch diesen furchtbaren Frieden zu unterzeich-
 nen und die Verantwortung für diese Tat vor
 Geschichte zu übernehmen. Wenn sich das Zen-
 trum nach langen Kämpfen mit sich selbst
 dem Entschlusse durchgerungen hat, des Re-
 ichs und Vaterlandes wegen, wahrhaftig nicht
 Parteinteresse, an einer Regierung teilzunehmen,
 die die schwere und unankbare Aufgabe
 Unterzeichnung des Friedensvertrages zu er-
 füllt, so geschah es, weil ohne die
 des Zentrums keine parlamentarische, demo-
 cratische Regierung zustande gekommen wäre,
 in der Stunde größter Not und Gefahr ge-
 hätte, was für Volk und Vaterland getan wer-
 den mußte. Die Demokraten, die den Mut ha-
 mit Zentrum und Sozialdemokraten dem
 volutionären Deutschland eine demokratische
 gierung zu geben, haben nicht mehr den
 gefunden, den bitteren Lech, den das Zen-
 mit ihm im Februar dieses Jahres an
 Lippen geführt hatte, bis zur Reize zu
 sie haben das Regierungsschiff verlassen
 es galt, Deutschland um die gefährlichste
 herum zu steuern. Ihr Verhalten findet immer
 der demokratischen Fraktion selbst vielfach
 Billigung, und wir sind überzeugt, daß die
 demokratischen Partei weite Kreise das
 ihrer gewählten Vertreter mit der letzten
 gierungspartei ihren demütlichen werden
 lange die neue Regierung bekand haben
 läßt sich heute natürlich nicht sagen. Ich
 bin mühevoll mit der vielfach verbreiteten
 sich entgegenzusetzen, als ob es sich be-
 neuen Kabinett um ein kurzlebiges Mini-
 handeln müßte, das nur für die Unterzei-
 des Friedensvertrags da sei. Im übrigen
 wird das Zentrum kein Verlangen haben,
 als es unbedingt notwendig ist, die Verant-
 tung für die Geschicke des Reiches zu
 und darum würden wir es für zweckmäßig
 mein nach Schluß des Friedens und
 gung der Verfassung die Nationa-
 sammlung aufgelöst und neu
 für die deutsche Nationalversammlung
 schreiben würden. In die Anhänger der
 trumspartei aber hat die Zentrumspartei
 deutschen Nationalversammlung das Ge-
 gelegt, daß sie den gewiß nicht leichten
 der Fraktion verstehen und billigen mei-
 Wählerchaft aber wird von den Vertre-
 Zentrums in der Reichsleitung, an der
 größeren Anteil nehmen, als es bis-
 Fall war, verlangen, daß sie nimmere
 größerem Nachdruck die Ideen
 derungen des Zentrums zur Geltung
 und daß vor allem in der Finanzwirts-
 chaft von Vertretern der Zentrumspartei
 wird, die Maßnahmen getroffen werden
 der Finanznot des Reiches von Tag
 dringlicher werden und auf die wir die
 den demokratischen Vernaltern des Re-
 und Reichsfinanzamtes vergeblich gewar-

Berlin, 26. Juni. Man erwägt, wie das „Berl. Tagebl.“ schreibt, ernsthaft den Gedanken, die Arbeiten der Rationalversammlung bald für beendet zu erklären und Neuwahlen für einen Reichstag auszusprechen. Nachdem der Friedensvertrag demnächst unterzeichnet sein wird, fallen große Teile von Polen und Westpreußen sofort an Polen und der Distrikt Memel an den Verband. Die Vertreter dieser Teile sind von diesem Zeitpunkt ab nicht mehr Mitglieder der Rationalversammlung. Es wird also nötig sein, eine Neuverkürzung der Wahlkreise vorzunehmen. Wie verlautet, will der Verband nicht zulassen, daß in den Teilen, in denen Volksabstimmungen stattfinden, nochmals Wahlen vorgenommen werden, die die künftige Rationalversammlungsabstimmung erfolgt ist.

mx. Berlin, 25. Juni. Der Reichspräsident empfangt gern die Mitteilung im Schloßhof zu Weimar eine Abordnung des von General Mäcker geführten Landes-Jägercorps. General Mäcker verlas einen Tagesbefehl, in dem er darauf hinwies, daß die Truppen in dieser schweren Stunde alle Anstöße der Empörung über den Schmachfrieden verheiden müßten, um in dieser arbeitsreichen Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten und um die Einigkeit des Reiches sichern zu helfen. Nachdem dann Reichspräsident über die Abordnung begrüßt hatte, hielt er folgende Ansprache: Soldaten! Sie wissen, was sich gestern ereignet hat. Regierung und Volksetretung sind jetzt vor eine fürchtbare, schicksalsschwere Entscheidung gestellt, die in der Geschichte beispiellos ist. Wir haben uns mit allen Mitteln und aller Kraft gewehrt, die uns noch zu Gebote standen; aber wir mußten schließlich der brutalen Gewalt der Uebermacht weichen. In ausgiebiger Beteiligung gegen diese Gewalt, auch wenn wir es gewollt hätten, fehlen uns die Kräfte. Unser Volk ist zermürbt, darüber gibt es keinen Zweifel. Bei Abkündigung der radikalistischen Gegner bekant ist, mit Verleumdung der Ausgrenzung, wenn nicht mit vollständiger Vernichtung Deutschlands zu rechnen gewesen. Selbstverleumdung und Verfall des Reiches wären sicher erfolgt. Das darf aber nicht sein. Unser Deutschland muß leben bleiben und noch dem Fortdauern, was sich ereignet hat. Das war unser Gedanke, als wir noch schwerem innerem Kampf und mit blutendem Herzen und zu dem entscheidigen Ja entschlossen, und dieser Gedanke muß auch Sie befeelen. Deutschland darf nicht zugrunde gehen. Wir können und dürfen trotz alledem an Deutschlands Schicksal nicht verzweifeln. Soldaten! Dienstreuepflicht und Mannesmut unter Ihrem bewährten Führer haben bisher dafür gesorgt, daß Deutschland nicht in den Abgrund der Anarchie gekürzt ist. Ich denke daran Führer und Mannschaft. Nun müssen Sie das Vaterland auch weiter vor dem Abgrund bewahren. Jetzt in der schlimmsten Not dürfen Sie nicht abdringern; jetzt im großen Unglück unseres Vaterlandes gilt es, das Hochste zu leisten. Nur wenn wir uns selbst aufgeben, sind wir verloren. Deshalb heißt es: Die Führe zusammenbehalten! Und nochmals das Letzte einleiten für die Zukunft Deutschlands. Es ist uns nichts erspart geblieben, dennoch müssen wir auch durch dieses Glend, durch diesen Jammerrhindurch; und wir kommen hindurch, wenn wir nicht kleinmüthig werden, wenn wir das Vertrauen zu uns selbst nicht verlieren. Das wollen wir uns hier präsenten lassen, ich für die Regierung und Sie für sich und Ihre Kameraden: Unser Vaterland nicht zu verlassen, sondern anzuhalten! In der äußersten Not deklariert hier unser Vaterland aus Not und Glend müssen wir unser Vaterland retten, und zum Reichen dessen, daß wir anhalten und nicht verzagen, wollen wir gemeinsam anrufen: Unser geliebtes Vaterland lebe hoch, lebe hoch!

mz. Berlin, 25. Juni. Der Kriegsminister
 erließ folgenden Erlass: In Uebereinstimmung
 mit der Mehrheit der deutschen Nationalversammlung
 und trotz des Einwurfs des Reichswehr-
 ministers und des preussischen Kriegsministers
 hat die Reichsregierung unter dem Druck der
 Not und Gewalt sich veranlassen gesehen, das Frei-
 densdokument unserer Feinde anzunehmen. Sie
 mußte damit auch die für das deutsche Volk
 besonders schmerzvollen Bedingungen unterzeich-
 nen. Wir Soldaten können diese Bedingungen
 mit unserer Ehre nicht in Einklang bringen.
 Wir wollen und müssen aber unsere persönlichen
 Bedenken zurückstellen, weil die dringende Pflicht
 gegen das Vaterland die Aufrechterhaltung der
 Ordnung und Ruhe und die Welterhaltung der
 laufenden Dienste erfordert. Es muß daher jeder
 Offizier und jeder Heeresangehörige unbedingt
 der vorläufigen Stellungnahme des einzelnen
 zu der neuverkauften Lage unbedingt so lange
 auf seinem Posten aushalten, bis er offenkundig
 oder erwieht worden ist. Um das befehlsmäßig
 Ausführen von Offizieren und dem Dienst zu
 erleichtern, bestimme ich im Verein mit dem
 Reichswehrminister: 1. Sämtliche preussischen Ge-
 neräle können vom heutigen Tage an ihre Stel-
 lung zur Disposition unmittelbar beim Personal-
 amt des Kriegsministeriums schriftlich oder tele-
 graphisch ohne weitere Formalitäten beantragen

Dieses Recht läuft am 23. Juli ab. Die Entscheidung über die Genehmigung muß ich mir in jedem Falle vorbehalten. Sie hängt von der Möglichkeit des Erstbes ab. Für die preussischen Generale des Reichswehr entscheidet der Reichspräsident. 2. Da dieser Weg für die Gesamtheit der Offiziere, Sanitätsoffiziere und Beamten nicht durchführbar ist, muß es für diese, ebenso wie für Unteroffiziere und Freiwillige bei dem bisherigen Dienstweg verbleiben; jedoch können die Wünsche um Verabschiedung in aller einfacher Form angebracht werden, mit der Stellungnahme der Vorgesetzten, ob im Interesse der Aufrechterhaltung des Dienstes das Ausscheiden angebracht ist. 3. Alle Verorganisationsfragen bleiben unberührt bestehen.

zu. Berlin, 25. Juni. Amlich wird gemeldet: Kämtliche höheren Truppenkommandeure und Regimentsführer des Reichsheers, die in Berlin und seiner weiten Umgebung in Quartieren haben, folgten am Dienstag nachmittags einer Einladung des Reichsheerministers. In längeren Vorlesungen gab Reichsheerminister Kiste eine Uebersicht über die durch die wehrmännliche Unternehmung des Friedens entstehenden ausgleichenden Unternehmung des Reiches. Ein Teil der versammelten Officiere gab seinem Schmerz darüber Ausdruck, daß mit dem Frieden auch die schändlichen Schmachparagrafen unterzeichnet würden. Doch gelang es dem Reichsheerminister, sämtliche anwesenden Officiere davon zu überzeugen, daß es über die Staatsbürgerliche Pflicht sei, über persönliche Bedenken hinweg dem schwergeprüften Vaterlande weiter zu dienen, um es vor einem Uebel zu bewahren und an dem Niederbau zu mizuarbeiten. Oberst von Dahnke betonte gegenüber einer in einem Berliner Kaffeehaus befindlichen Kette, daß es ihm nicht einfallen sei, in der Anrede an sein Regiment zu Handlungen gegen die Regierung anzuweisen. Ebenso sei es vollständig erwidert, daß General v. Kottwitz mit verschiedenen politischen Führern wegen Bildung eines neuen Kabinetts Fühlung genommen habe. Die Konferenz war eine Vertrauensbegegnung und ein voller Erfolg für den Reichsheerminister. Danach sind alle Gerüchte über eine drohende, den Bestand der Reichsheer gefährdende Verkleinerung alsbald beseitigt.

amz. Berlin, 25. Juni. Laut Berl. Volks-
zeitung aus der neue Minister des Reichern, Ger-
mann Müller, es ab, den Friedensvertrag zu unter-
zeichnen. Ebenfalls ist Herr Frabner bereit
seinen Namen unter das Dokument zu setzen.
Heute nachmittag wird eine Kabinetsession statt-
finden, in der man vernehmen wird, die geeigneten
und willigen Persönlichkeiten ausfindig zu machen.

Versailles, 21. Juni. Man dem
wird der Rat der Vier verlangt, daß die Unter-
schrift Deutschlands durch Würdenträger geleistet
werde, die an Rang und Autorität den Vertretern
der Verbündeten gleichstehen. In diesem Zu-
sammenhang nennt der „Temps“ den neuen Mi-
nister des Aeußern Hermann Müller.

Amsterdam, 20. Juni. Nach einer Mittheilung der „New York Tribune“ aus London wird gemeldet, daß die Verbandsmächte in Rheinslande wie eine Monarchie als ein Stützpunkt betrachtet werden. Die Verbandskommissionäre werden die Nachvollkommenheit von Souveränen erhalten, bis die Bedingungen des Vertrags erfüllt sind.

Aus Amsterdam, 20. Juni. Dr. Augustin aus Paris an den „Deutsches Telegramm“, das der hier deutschsich habende, englische Soldaten-Verbindung von Danzig zu entstehen, die der Freiheit vollkommen organisiert ist. Wilson zu erkennen gegeben, daß die amerikanischen Truppen die Ordnung in Oberitalien recht erhalten werden.

[illegible]

me. Versailles, 26. Juni. Die Ab-
gen der Pariser Abendblätter betrogen
denselben Linsen wie diejenigen der ge-
genblätter. Die nationalisistischen Blätter be-
ausführlichen Urtheile, daß die Allirien-
land nicht trauen dürften und Vorsehrung
sen müßten, damit der Vertrag eingehalten
Das „Journal des Debats“ bedeutet, daß
hierten den Vertrag vom 7. Mai abgehan-
um Deutschland entgegenzunehmen. Der
meint, daß angesichts des in Deutschland
immer herrschenden Regimes, das immer
nicht mit dem alten Regime gebrochen
die am 17. März Verantwortlichen zu be-
suche, alle Verheißungsmahnahmen überflüssig.
Das Blatt erinnert daran, daß die Rati-
des Friedensvertrages durch die Rationa-
lism und den Sozialismus in Weim-

durch die preussische und die bayerische Landes-
versammlung erfolgen müsse, und meint, wenn die
militärischen Führer und die altpreussischen Agita-
toren die Durchführung des Vertrages vorantreiben
würden, sei es wohl möglich, daß die verparlamentarisierten
Erörterungen und die Ratifizierung durch
alleinend Freisinnige und Quertreibern zu
verschleppen suchen würden. Glücklicherweise fehle
es den Alliierten nicht an Heugensmitteln, da der
Vertrag erst nach der Ratifizierung den Frieden
genieße.

m. Sp. A. Juni. Nach Bekanntwerden der deutschen Vorkommnisse in die Entscheidungsgängen kam es vor dem von der deutschen Botschaft in Stockholm gesandten Kommissar in Spa bewohnten Hotel zu einer im enden Mordgeheugen der Bevölkerung, in denen belagerte und französische Soldaten teilnahmen. Das Toben und Pfeifen dauerte stundenlang an. Von deutscher Seite wurde selbstverständlich strenge Zurückhaltung diesem Skandal gegenüber geübt. Es blieb bei dem Toben und Lärmen des Gabels, ohne daß es wie in Versailles zu tätlichen Auseinandersetzungen gekommen wäre. Keine sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen.

ziehungen zwischen Deutschland und Frankreich
sollen, wie die Kancze Paris meinet, nicht allein
nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens,
sondern erst nach der Ratifizierung des Vertrages
durch beide Kammern wieder aufgenommen wer-
den. Auch dann erst wird den deutschen Staats-
angehörigen der Aufenthalt im französischen Gebiete
wieder gestattet werden können.

Berlin, 20. Juni. Eine preussische Wammes-
krise dürfte vermieden werden, so daß es in Preu-
ßen bei dem Koalitionskabinett bleibt.
Das sieht auf die bisherigen Mehrheitsparteien: S.
Freie, Centrum und Demokraten sieht.

Amsterdam, 25. Juni. *Daily Chronicle* vom 25. Juni meldet, daß bei der Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow Deutsche gefloht und zehn verwundet worden. Von besonderer Bedeutung ist die Feststellung, daß die versenkten Schiffe kein Versteck geboten hätten, sondern die versenkten Schiffe für die englische Schiffsflotte bedeuten. Man hat mit einer solchen Versenkung gerechnet, daß die deutschen Schiffe in der Nähe angelassen habe, außerhalb der Fahrtrinne lagen. Der *Marine Chronicle* des 25. Juni schreibt: Die Versenkung der deutschen Schiffe durch die Versenkung der deutschen Schiffe die Möglichkeit ergreifen, sich der englischen Schiffe zu entziehen, und die deutschen Schiffe seien mit verborgenen Rahmen untergegangen. Darüber, ob die Versenkung zulässig gewesen sei, geben den Sachverständigen zufolge die Ansichten auseinander. Der Friedensvertrag sei noch nicht unterzeichnet, der Krieg dauere noch an. Im Falle des Ausbruchs von Gefangenen, die sich auf eigene Gefahr schwerlich vernünftigerweise

Eisenbahnerstreik

mr. Breslau, 24. Juni. Die heute abge-
schlossenen Angelegenheitsverhandlungen zwischen
Eisenbahndirektion und den unabhängigen Ver-
tern sind ergebnislos geblieben. Die Forderungen
betreffen eine einmalige Feuerungszulage von
500 Mark und die Verziehung von Breslau in
höchste Bahnklasse. — Nach den Abendblättern
sollten die Eisenbahner neben der Erzielung
sicherer Verfallsfragen das Mitbestimmen
und Kontrollrecht der Arbeiter in allen An-
gelegenheiten und bürros hinsichtlich Entlohnung und
Heilung von Arbeitskräften, Pensionierung
alter Beamten über 60 Jahren, beschle-
digungsführung des Matrosenheims bei der Eisen-
bahn der Preussischen Militärs und so
weiter. — Der Streik ereignet sich bis
die Orte Breslau, Oels und Prosa
umfasst bereits 17 000 Eisenbahner. Es ist
ausgeschlossen, daß der Streik, wenn er zu
reißer Beilegung nicht kommt, weiseru
annimmt. Die Eisenbahnunterbeamten hal-
den den Zustand angeschlossen.

geteilt wird, konnten die Regierungen wissen, den Eisenbahnen und der Post noch nicht zum Aufbruch zu werden, da die Forderungen die Höhe von 2½ Milliarden Mark erreichen. Die Abweisung ist der Ansicht, daß der Streik Verhüten, in denen die Arbeit noch nicht aufgenommen ist, beschränkt bleiben wird. Fernverkehr dürfte im Laufe des heutigen wahrscheinlich wieder aufgenommen werden. Streik auf dem Berliner Bahnhof ist im nächsten Nachmittagsstunden arbeitslos geworden.

aus der Stadt von London, 25. Juni. Der Arbeiter-Verleumdung, Eisenbahner und Transporthändels am 24. Juni abends, in Southport 27. Juli eine Konferenz nach London berufen, um darüber zu berathen, wie die Forderungen werden soll, den Vorberathen handes Kattungen, besonders der Abtheilung Dienstpflicht und der Zurückziehung der Truppen aus Rußland.

mx. Zürich, 25. Juni. Die röm. Panel der Schweiz hatte das Protektorat von Schwyz anrufen, heute in Mailand zu gehen, um gegen die Interaktion und gegen die internationale zu protestieren. Der Regierungsrat von Zürich hat beschlossen, die eiserne Schweizer Protestversammlung am 25. Juni zu

Etnot, El Quinto de los Reyes

